

Arbeiten am Airport Linz

Daniel Noel ist Elektrotechniker
am Flughafen in Hörsching.

Seiten 4 - 6

Höheres Pflegegeld

Für eine schwer demenzkranke Frau
ging die Arbeiterkammer vor Gericht:
mit großem Erfolg - Seite 8

Andreas Stangl im Interview

Der im Mai wiedergewählte AK-Präsident
erzählt, wofür er sich in den nächsten fünf
Jahren stark macht - Seite 15

Überstunden fair bezahlen statt Arbeitszeit weiter verlängern

Geht es nach der IV, soll die gesetzliche Arbeitszeit auf 41 Wochenstunden verlängert werden. Gratis-Arbeit wäre die Folge!



Dr. Walter Sturm
stv. Chefredakteur

Frechheit siegt: Nach diesem Motto fordert die Industriellenvereinigung (IV) allen Ernstes eine Verlängerung der wöchentlichen Normalarbeitszeit auf 41 Stunden. Und zwar ohne Lohnausgleich und Überstundenzuschlag. Als Begründung raunen Österreicher Industrielle irgendwas über unsere angeblich bedrohte Wettbewerbsfähigkeit. Das tun sie seit vielen Jahren regelmäßig und routiniert, um die berechtigten Ansprüche der Beschäftigten klein zu halten. Gleichzeitig erzielen sie prächtige Gewinne und eilen von einem

Exportrekord zum nächsten. Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit sieht anders aus.

Die Probleme bei der Arbeitszeit sind ganz andere. Schon jetzt arbeiten Vollzeitbeschäftigte in Österreich mit durchschnittlich 40,8 Stunden pro Woche am drittlängsten in Europa. Und sie bekommen Mehr- und Überstunden im Wert von unfassbaren 1,3 Milliarden Euro nicht bezahlt. Die Arbeiterkammer fordert daher eine Abschaffung der kurzen Verfallsfristen.

Die IV glaubt wohl selbst nicht an die Durchsetzung ihrer absurden Idee des Lohn- und Zeitraubs. Sie will damit vielmehr von den lauter werdenden Debatten über kürzere Arbeitszeiten und eine korrekte Bezahlung aller Überstunden ablenken. Vermutlich wird sie weitere Anläufe zu einer Verlängerung der Arbeitszeit nehmen. Dieses freche Vorhaben werden die Arbeitnehmer:innen aber gemeinsam mit AK und ÖGB zu verhindern wissen.

Ihr

walter.sturm@akooe.at



GUT ZU WISSEN

Ein Königreich für einen Kindergartenplatz

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt gerade in Oberösterreich für viele Eltern schwierig. Vor allem, wenn sie Vollzeit arbeiten wollen oder müssen. Wie viele Prozent der Kinderbetreuungsplätze in unserem Bundesland ermöglichen es Eltern von Kindern unter drei Jahren, einen Vollzeitjob auszuüben?

a) 40 Prozent b) 25 Prozent c) 5 Prozent

Die Auflösung finden Sie auf Seite 12.



KURZ & BÜNDIG

Sommergenuss im AK-Bildungshaus

Der Jägermayrhof am Linzer Freinberg ist nicht nur das Bildungshaus der AK Oberösterreich, sondern auch ein Geheimtipp für alle, die laue Sommerabende mit Kultur und grandiosem Blick über die Landeshauptstadt genießen wollen. Ab 31. Juli starten insgesamt fünf entspannende Konzerte bei freiem Eintritt. Mehr Infos gibt's unter ak-report.at.

Tipps für Ferial- und Pflichtpraktikum

Den Sommer nutzen viele Jugendliche, um erste berufliche Erfahrungen zu sammeln. Entweder im Ferial- oder Pflichtpraktikum können Schüler:innen Arbeitsluft schnuppern. In beiden Fällen raten die AK-Expert:innen, Aufzeichnungen über die Arbeitszeit zu führen. Auch die Endabrechnungen können in der AK-Beratung kostenlos auf ihre Richtigkeit überprüft werden. Denn: Für die Zeit des Praktikums sind Schüler:innen auch AK-Mitglieder. Wichtiger Hinweis: Von Jugendlichen dürfen keine Über-

stunden verlangt werden. Mehr Tipps rund ums Praktikum auf ak-report.at.

Hitze-App warnt bei Extrem-Temperaturen

Arbeit am Bau ist ein Knochenjob. Im Sommer wird besonders die Hitze oft zur Qual. Deshalb gibt es jetzt von der Bauarbeiter-Gewerkschaft Bau-Holz eine App, die vor Temperaturen über 32,5 Grad warnt. QR-Code mit dem Smartphone scannen, App downloaden und sich vor der Hitze schützen.



Wohnmappe jetzt bestellen

Auf der Suche nach der ersten eigenen Wohnung? Jetzt kostenlos die Wohnmappe der AK Oberösterreich bestellen. Darin gibt es viele nützliche Tipps rund um Budgetplanung, Mieterrechte, Ablöse und vieles mehr. Außerdem bietet sie Platz für die wichtigsten Dokumente. Details auf ak-report.at.



Druckprodukt mit finanziellem
Klimabeitrag
ClimatePartner.com/53401-2405-1005



PEFC-zertifiziert
Dieses Produkt
stammt aus
nachhaltig
bewirtschafteten
Wäldern und
kontrollierten Quellen
www.pefc.at

Produziert nach der Richtlinie des
österreichischen Umweltzeichens,
„Druckerzeugnisse“
Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844

Magazin für Arbeitnehmer:innen in Oberösterreich.

Nr. 3, 19. Juni 2024, 55. (79.) Jahrgang. Erscheint fünfmal im Jahr.

Medieninhaberin, Herausgeberin und Redaktion:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz,
Tel.: +43 (0)50 6906-2180, E-Mail: kommunikation@akooe.at

Redaktion: Isabell Falkner (CR), Walter Sturm (stv. CR), Dominik Bittendorfer (CvD), Rainer Brunhofer, Gabriele Fehringer, Tina Haderer, Ines Hafner, Bianca Karr-Sajtarevic, Gregor Kraftschik, Ulrike Mayr-Gassenbauer, Michael Petermair, Hans Promberger (CvD), Karin Windpessl.

Produktion, Layout: Gregor Mitterlehner, David Ruis.

Fotos: Christoph Hillinger, Bianca Karr-Sajtarevic, Wolfgang Spitzbart, Christoph Staudinger.

Hersteller: Gutenberg-Werbering Gesellschaft m.b.H., Verlagspostamt 4000 (4020) Linz
Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: siehe <https://ooe.arbeiterkammer.at/impresum>
Auflage: 547.000. Die nächste Ausgabe erscheint am 25. September 2024.



Die Märchen der Unternehmer von den Lohnnebenkosten

Lohnnebenkosten sind Teil des Lohns und Gehalts. Sie zu senken, schadet den Arbeitnehmer:innen, weil sie deren wichtigste Sozialleistungen mitfinanzieren. Die Wirtschaftskammer versucht, uns das Gegenteil einzureden.

Bleibt den Arbeitnehmer:innen durch eine Senkung der Lohnnebenkosten „mehr Geld im Börstel“, wie die Wirtschaftskammer behauptet? Natürlich nicht. Diese Behauptung ist reine Propaganda. Von einer Lohnnebenkostensenkung profitieren nur die Unternehmen. Die Beschäftigten bekommen keinen Cent mehr. Im Gegenteil: Sie zahlen einen hohen Preis.

Lohnnebenkosten sind zum überwältigenden Teil Sozialabgaben der Betriebe für ihre Beschäftigten: an die Pensions-, Arbeitslosen-, Kranken- und Unfallversicherung, an den Insolvenz-Entgelt-Fonds, der bei Firmenpleiten die ausstehenden Löhne und Gehälter garantiert, oder an den Familienlastenausgleichsfonds, der Leistungen wie die Schülerfreifahrt finanziert.

Milliardengeschenke an die Unternehmer

Ganze acht Mal seit 2016 haben willfährige Regierungen auf Drängen der Unternehmer deren Lohnnebenkosten gesenkt. Diese Geschenke summieren sich bereits auf 2,3 Milliarden Euro. Nicht einmalig, sondern pro Jahr!

Geld, das nun fehlt: für Unfall-opfer, Kranke, Arbeitslose und Familien sowie Beschäftigte, deren Firma pleite gegangen ist. Währenddessen steigen die Profite der Unternehmen in gleicher Höhe. Davon können sie offenbar nicht genug kriegen. Denn schon fordern sie weitere Senkungen der Lohnnebenkosten.

Die Firma gewinnt – Lisa zahlt drauf

Welche Folgen das für Arbeitnehmer:innen haben kann, hat der ÖGB anhand eines Beispiels berechnet: Lisa verdient 2.600 Euro brutto im Monat. Die Firma zahlt für sie 89 Euro an die Arbeitslosenversicherung. Dann senkt die Regierung diesen Beitrag um einen Prozentpunkt auf 1,95 Prozent der Bemessungsgrundlage. Dadurch spart sich das Unternehmen 364 Euro im Jahr.

Weil das für alle Unternehmen und Beschäftigten gilt, fehlen in der Arbeitslosenversicherung schon nach einem Jahr rund 1,5 Milliarden Euro. Leistungskürzungen werden unvermeidbar. Dazu kramt die Re-

gierung einen alten Vorschlag von Arbeitsminister Kocher aus dem Jahr 2022 aus der Mottenkiste: Arbeitslosengeld gibt es für alle nun erst nach einem Monat Wartezeit. Dann wird Lisa gekündigt. Sie hat zwar einen neuen Job in Aussicht, kann dort aber erst in einem Monat anfangen. Arbeitslosengeld bekommt sie für diese Übergangszeit aber nicht mehr. Sie zahlt also um 1.270 Euro drauf.

Mehr als die Hälfte unserer Sozialleistungen werden mit den Beiträgen der Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber finanziert. Lohnnebenkosten sind aber keine großzügigen Zusatzleistungen der Unternehmen, wie diese uns weismachen wollen, sondern werden zur Gänze von den Beschäftigten erarbeitet.

Österreichs führender Sozialrechtsexperte Prof. Emmerich Talos erklärt das so: „Der sogenannte Arbeitgeberbeitrag ist kein zusätzlicher Beitrag, sondern Bestandteil des Lohnes. Dieser Modus der Finanzierung der Sozialversicherung wurde im ausgehenden 19. Jahrhundert eingeführt, um die Mitwirkung der Arbeitgeber:innen in der Selbstverwaltung der Arbeiterkassen zu legitimieren. Dass es sich um einen Lohnbestandteil handelt, war seit den Anfängen unumstritten.“

Eine Senkung der Lohnnebenkosten bedeutet für die Arbeitnehmer:innen daher das Gegenteil dessen, was die Wirtschaftskammer behauptet: Nicht „Mehr Netto vom Brutto“, sondern beinhalten Lohn- und Gehaltsraub. <

walter.sturm@akooe.at



Andreas Stangl
Präsident

» Von einer Senkung der Lohnnebenkosten profitieren nur die Arbeitgeber. Den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern drohen dadurch Leistungskürzungen. Das verschweigen die Unternehmer. «

Arbeitsplatz Flughafen: So viele verschiedene Jobs!

Sie bringen uns in den Urlaub

Hier herrscht fast immer Aufbruchstimmung, Aufregung und Vorfreude. Und bei manchen auch ein bisschen Nervosität. Die Beschäftigten am Airport Linz geben jeden Tag ihr Bestes, um uns die Flugangst zu nehmen und ein gutes Gefühl zu geben. Der AK-Report stellt einige von ihnen vor.

Für uns ist es ein leichter und immer gleicher Weg. Ankommen, einchecken, Koffer aufgeben, Sicherheitskontrolle, vielleicht noch in den Duty Free, Boarding. Und ab geht die Post. Oder der Flieger. Urlaub, wir kommen!

Viele Rädchen greifen perfekt ineinander

Damit all das so reibungslos läuft, wie es uns erscheint, bedarf es vieler perfekt ineinander greifender Rädchen. Diese werden von den rund 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Flughafen Linz GesmbH und den Beschäftigten der rund 80 am Airport angesiedelten Fremdfirmen gedreht. Sie alle sorgen dafür, dass wir sicher in den

Urlaub und wieder nach Hause kommen. Die einen betreuen und versorgen uns, die meisten werken still und leise im Hintergrund.

Am Flughafen angekommen, führt der erste Weg zum Check-In-Schalter. Das Besondere dort? „Aufbruchstimmung und der Geruch von Kerosin“, so Isabelle Schachner von der ISS Ground Services GmbH, Leiterin der Passagierabfertigung. Sie checkt die Fluggäste und deren Koffer ein. Das ist das, was wir sehen. Im Hintergrund machen sie und ihr 13-köpfiges Team aber noch viel mehr, was den Fluggästen den gewünschten Komfort beschert. „Wir gehen die Passagierlisten durch, bereiten Sitzplätze für Kinder oder Plätze für Rollstühle vor, damit sich alle

während des Fluges wohlfühlen können“, sagt Isabelle Schachner. Und selbst wenn doch einmal etwas schief gehen und ein Koffer verloren gehen sollte, können die dann verständlicherweise verärgerten Passagiere auf die Dienste von Isabelle Schachner und ihrem Team zählen. Denn sie organisieren auch das Lost&Found-Service am Linzer Airport.

Was der Flughafen verliert, findet er zumeist wieder

„Wenn etwas verloren geht, dann meistens am vorigen Flughafen beim Umsteigen“, sagt die erfahrene Abteilungsleiterin, die auch gute Nachrichten hat: „Neun von zehn verschwundenen Gepäckstü-

cken tauchen innerhalb von drei, vier Tagen wieder auf.“

Apropos auftauchen: Wenn ein Flieger am Himmel und am Radar auftaucht, schlägt die Stunde von Andreas Sollböck und seinen Kolleg:innen. Die Fluglotsen der Austrocontrol überwachen den Luftraum über Oberösterreich, dem westlichen Niederösterreich, bis hinauf nach Tschechien und bis zu einer Höhe von 5.000 Metern. Alles, was in diesem Luftraum fliegt und kein Singvogel ist, wird vom Tower aus beobachtet, betreut, begleitet. Für Andreas Sollböck ist der Tower am Linzer Airport einer der schönsten Arbeitsplätze in der Gegend. An Tagen mit guter Sicht

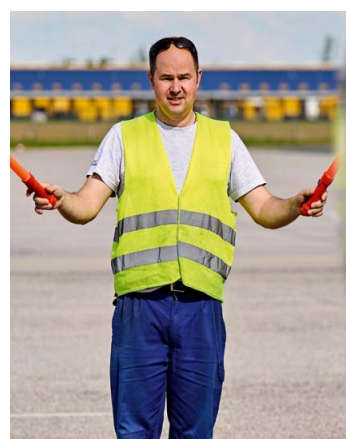
Weiter auf Seite 6 >>



Rudolf Wörister be- und entlädt seit mehr als 30 Jahren Frachtflugzeuge.



Birgit Springer arbeitet im Marketing und erstellt den Flugplan.



Er weist die ankommenden Flieger ein: Marshall Thomas Pittrich.



Ihr Job: Zufriedene Kunden. Fleur Röber-Hofmann vom Customer-Service.



Manche sieht man, andere werken hinter den Kulissen: Isabelle Schachner ist immer freundlich am Check-In-Schalter. Elektrotechniker Daniel Noel (links) sorgt für Licht am Rollfeld. Und Fluglotse Andreas Sollböck organisiert am Tower das sichere Starten und Landen der Flugzeuge.





» *Sicherheit ist das oberste Credo. Wenn ein Flieger nicht sicher ist, hebt er nicht ab.* «

Christian Loibl, Flugzeugtechniker bei der Firma Globe Air.

erstreckt sich der Panoramablick vom Dachstein über den Großen Priel bis hin zum Ötscher. Aber Sollböck ist natürlich nicht da, um die Berge zu bewundern, sondern um die Sicherheit des Flugverkehrs zu gewährleisten. „Wir überwachen den Luftraum nach dem Vieraugen-Prinzip, sind in Kontakt mit den Piloten, die sich in unserem Luftraum befinden, und sorgen dafür, dass alle Flugzeuge hier in Linz sicher passieren, starten oder landen können“, sagt der seit Juni 2023

fertig ausgebildete Fluglotse. Sicherheit heißt: Die Flieger sollen sich nicht zu nahe kommen und so schnell wie möglich starten und landen können. Auch, um nicht unnötig Kerosin zu verbrauchen. Das Bewusstsein, dass wir unser Klima schützen müssen, ist auch längst in der Luftfahrt angekommen.

Längst angekommen in seinem neuen Job am Flughafen ist auch Daniel Noel. Der 21-Jährige arbeitet seit einem guten halben Jahr als Elektriker am Flughafen. Wann im-

mer es eine Störmeldung gibt, sind er und seine derzeit sechs Kollegen schon am Weg. „Jeden Tag sind irgendwelche Lampen, Glühlampen und Röhren zu tauschen. Wir kontrollieren auch die Lifte, die Portale, die Schiebetüren“, so Daniel Noel. Und natürlich die 1.775 Lichter draußen auf der Piste. Das sind die, die den Piloten den Weg zur Landebahn leuchten. Wenn ihre Leistung unter 50 Prozent abfällt, werden die Lampen gewechselt. Die ausgetauschten Lampen werden aber nicht entsorgt, sondern in der Werkstatt repariert. Auch das ist die Aufgabe der Elektriker. Und vieles andere auch: „Wir haben am Flughafen ein familiäres Klima, alle helfen zusammen“, sagt Noel.

Schwerstarbeit in gebückter Haltung

Wenn ein Flugzeug gelandet ist oder schon zum Abfertigen bereitsteht, helfen alle zusammen, die gerade im Dienst sind und Zeit haben. Die Stiege zum Flugzeug fahren, das ist Millimeter-Maßarbeit. Koffer ausladen, für den Weiterflug wieder einladen. Ausgeladene Koffer auf das Förderband heben, damit die soeben ausgestiegenen Fluggäste wieder zu ihren Habseeligkeiten kommen. Klingt so einfach, ist aber Schwerstarbeit, zum Teil in gebückter Zwangshaltung. „Bei den älteren Kollegen zwickt es schon dort und da“, erzählt Daniel Noel mit einem Schmunzeln.

Damit ein Flugzeug abheben kann, muss es hundertprozentig sicher und flugtauglich sein. Denn: „Sicherheit ist das oberste Credo in der Luftfahrt. Wenn ein Flieger nicht sicher ist, hebt er nicht ab“, sagt Christian Loibl, Flugzeugtechniker bei der Firma Globe Air, die am Linzer Flughafen im Hangar eingemietet ist. Dorthin kommen Flieger, wenn sie gewartet werden müssen. Das passiert zum einen nach einer bestimmten Anzahl an Flugstunden oder Landungen oder innerhalb festgelegter Zeiträume. Zum anderen werden Flugzeuge gewartet, wenn Piloten Defekte an einer Maschine melden. „Das kann ein abgefahrenes Rad sein oder ein ausgebranntes Lamperl beim Landescheinwerfer“, berichtet Loibl.

Für jeden Handgriff gibt es eine eigene Lizenz

Wie etwas gewartet werden darf, ist in der Luftfahrt genau reguliert. „Jede Schraube hat ein eigenes Zertifikat, jeder Handgriff braucht eine Lizenz“, erklärt Christian Loibl. Das Spannende an seiner Arbeit sei, so Loibl, dass keine Wartung der anderen gleiche. „Es ist auch nicht immer gleich klar, was zu reparieren ist“, so der Flugzeugtechniker. Aber im Stile von Columbo findet er jedes Mal eine gute Lösung. Und die Flieger verlassen zu 100 Prozent sicher den Hangar. Guten Flug und schönen Urlaub!

dominik.bittendorfer@akooe.at



Moritz Reisenberger begleitet die Passagiere von und zu den Flugzeugen.



Immer in Alarmbereitschaft: Achim Kimeswenger von der Airport-Feuerwehr.



An ihr muss man vorbei: Alexandra Steindler von der Sicherheitskontrolle.



Dank Karl Hartinger bekommen alle Fluggäste schnell ihre Koffer wieder.

„No-Show-Klausel“: AK half bei verpasstem Flug

Autopanne! Ein Paar aus dem Bezirk Linz-Land kam zu spät zum Flughafen. Die Airline stornierte auch gleich den Rückflug. Was sie jedoch nicht durfte.

Sollten bei einer Urlaubsreise unerwartet Probleme auftauchen, helfen Ihnen die Konsumentenschützer:innen der AK Oberösterreich rasch und unbürokratisch weiter. Egal, worum es sich handelt. So war das auch im Fall eines Paares aus dem Bezirk Linz-Land. Als Bernhard und Maria (Namen von der Redaktion geändert) zum Flughafen Wien fahren, um die gebuchte Pauschalreise in die Türkei anzutreten, hatten sie eine Autopanne – und verpassten den Hinflug.

Rechtzeitig zum Gate kommen

Als die beiden am Flughafen ankamen, wollten sie einen späteren Hinflug buchen. Dabei teilte ihnen der Airline-Mitarbeiter mit, dass nicht nur der neue Hinflug, sondern auch der Rückflug noch einmal bezahlt werden müsse. Denn dieser wurde laut den Vertragsbedingungen der Fluglinie automatisch storniert, weil der Hinflug nicht angetreten wurde („No-Show-Klausel“). Da der Reiseveranstalter nicht erreichbar war, kam das Paar der Aufforderung nach und bezahlte den Rückflug ein zweites Mal.

Zwar liegt es in der Verantwortung der Reisenden, rechtzeitig am Gate zu erscheinen, die Airline darf jedoch bei Verpassen des Hinfluges nicht einfach den bereits bezahlten Rückflug stornieren. Derartige „No-Show-Klauseln“ sind in der Regel unzulässig, da Reisende den Hinflug auch unverschuldet verpassen können. „Da das Verhalten der Fluglinie



Unbeschwert in den Urlaub: Eine gute Planung ist dabei ganz wichtig.

dem Reiseveranstalter zurechenbar ist, musste dieser dem Paar nach unserer Intervention die Zusatzkosten für den Rückflug erstatten“, so AK-Experte Gernot Fieber. Er rät, Billig-Fluglinien wie Wizzair mit Vorsicht zu genießen. „Auf den ersten Blick schaut alles günstig aus, doch es gibt Zusatzkosten, wie zum Beispiel eine Check-In-Gebühr. Sollte jemand Ansprüche bei Billig-Airlines haben, sind diese kaum durchsetzbar“, erklärt Fieber.

Klar ist: Wird ein Flug abgesagt, verschoben oder ist er überbucht, können Betroffene eine Entschädi-

gung gemäß der EU-Fluggastrechte verlangen. „Wie viel Geld man bekommt, ist von der Länge des Fluges abhängig. Eine Entschädigung gibt es auch, wenn das Personal der Airline streikt, nicht aber wenn Fluglotsen ihre Arbeit niederlegen“, sagt Experte Fieber.

Die AK unterstützt Konsument:innen bei der Durchsetzung ihrer Rechte mit der Plattform Fairplane (www.fairplane.at). Wird von der AK eine Beschwerde eingebracht, entstehen keine Kosten für die Urlauber:innen.

michael.petermair@akooe.at

Wichtige Tipps für die Reise



Der Urlaub ist für viele von uns die wichtigste Zeit, um durchzuschlafen und die Batterien aufzuladen. Damit Sie Ihre heiß ersehnte Reise auch wirklich sorgenfrei genießen können, haben wir für Sie die Broschüre „Reisetipps – Damit Ihr Urlaub erholsam wird“ zusammengestellt. Darin werden alle Fragen zu diesem Thema beantwortet. Worauf muss ich schon vor dem Antritt der Reise achten? Was ist, wenn der Reiseveranstalter in Konkurs geht? Mein Flug ist überbucht – welche Rechte habe ich? Wie viel Geld bekomme ich zurück, wenn es im Hotel gravierende Mängel gegeben hat? Scannen Sie einfach den nebenstehenden QR-Code ein, schon sind Sie bestens informiert!



Mag. Gernot Fieber
AK-Konsumentenschutzexperte

Ruhige Lage oft nicht gut

Sommerzeit = Reisezeit. AK-Konsumentenschutz-Experte Mag. Gernot Fieber hat wertvolle Tipps, damit alles klappt.

AK-Report: Was muss ich bereits vor der Buchung beachten?

Fieber: Die Stornobedingungen ansehen. Wie viel muss wann bezahlt werden. Versicherungsschutz überlegen, Einreisebestimmungen prüfen. Und den Katalog richtig verstehen.

Was meinen Sie damit?

Oft steht drinnen: Ruhige Lage abseits der Touristenströme. Das bedeutet, dass ohne Mietauto keine Fortbewegung möglich ist. Kinderfreundliches Hotel kann heißen: Lärmbelästigung!

Was tun, wenn dann vor Ort etwas nicht passt? Hotelzimmer schmutzig, Pool nicht benutzbar.

Bei einer Pauschalreise sollten Sie sofort beim Reiseveranstalter reklamieren. Probleme dokumentieren, Namen von Mitreisenden aufschreiben und eine Mail an das Reisebüro schicken. Bei einer Individualreise muss man auf eigene Faust reklamieren. Das ist oft schwierig.

Was ist der Unterschied zwischen Pauschal- und Individualreise?

Bei Pauschalreisen bieten Veranstalter eine Kombination verschiedener touristischer Leistungen an. Bei einer Individualreise stellt man die Reise selbst zusammen. Der Flug wird bei einer Airline direkt gebucht, das Hotel über eine Plattform.



Fragen?
050/6906-2

Pflegegeld um drei Stufen erhöht

Der Ehemann einer demenzkranken Frau verlangte höheres Pflegegeld. Völlig zurecht: Die PVA hatte den Gesundheitszustand falsch eingeschätzt.

Frau Sch. ging es immer schlechter. Neben zahlreichen körperlichen Beschwerden litt sie zudem an Demenz und Alzheimer. Die Pensionsversicherungsanstalt (PVA) erhöhte das Pflegegeld der Frau auf Stufe 2. Doch das war viel zu wenig. Mittlerweile konnte sie ohne Betreuung lebensnotwendige Verrichtungen nicht mehr durchführen. Ans Einkaufen von Nahrungsmitteln und Medikamenten war ohnehin nicht mehr zu denken, auch bei der Wäsche sowie beim Reinigen der Wohnung und der persönlichen Gebrauchsgegenstände war sie auf Hilfe angewiesen. Zusätzlich benötigte sie eine Betreuung in der Nacht.

Verzweifelter Hilferuf fand bei der AK Gehör

Um Betreuung und Pflege sorgte sich ihr ebenfalls betagter Ehegatte. Da der zeitlich notwendige Pflegebedarf mittlerweile weit über seine Kräfte und auch die Pflegestufe 2



AK-Rechtsexpertin Mag.^a Alexandra Brandner-Zauner half, den Anspruch auf höheres Pflegegeld durchzusetzen.

hinausreichte, wandte er sich an die AK Gmunden. Diese nahm sich der Angelegenheit an und klagte eine höhere Pflegestufe ein. Und das völlig zurecht. „Das Arbeits- und Sozialgericht erkannte schlussendlich sogar die Stufe 5 zu, also eine Erhöhung um drei Stufen“, sagt AK-Rechtsexpertin Mag.^a Alexandra Brandner-Zauner.

Das macht finanziell einen ordentlichen Unterschied aus. Für die Pflege der Frau stehen dem Ehegatten somit statt 354 Euro monatlich nun 1.123,50 Euro zur Ver-

fügung. Also 770 Euro mehr im Monat. „Wir haben einen Großteil unserer Reserven aufgebraucht. Der neue Bescheid war für uns eine große Erleichterung. Dank AK ist alles klaglos gegangen“, sagt der Ehemann von Frau Sch.

Rechte der Pflegenden gesichert

„Ich erwarte mir von der PVA ordentliche Gutachten und faktenbasierte Bescheide, damit unsere Mitglieder auf kurzem und fairem

Wege zu ihren Ansprüchen kommen“, fordert AK-Präsident Andreas Stangl. Falls also der Antrag auf Pflegegeld abgelehnt oder ein zu geringes Pflegegeld gewährt wird, prüfen die AK-Rechtsexpert:innen, ob die Entscheidung auch wirklich korrekt ist. „Denn es kann nicht sein, dass Menschen, die schwer krank sind, Pflege benötigen oder nicht mehr arbeiten können, auch noch den Rechtsweg bestreiten müssen“, so AK-Präsident Andreas Stangl.

hans.promberger@akooe.at

Krank im Urlaub: Was sagt das Arbeitsrecht dazu?

Im wohlverdienten Urlaub krank zu werden, ist schon schlimm genug. Arbeitnehmer:innen sollten in diesem Fall jedenfalls unbedingt über ihre Rechte und Pflichten Bescheid wissen. Unter bestimmten Voraussetzungen bleibt der Urlaub nämlich erhalten.

Betroffene sind häufig verunsichert

Wie verhalte ich mich also richtig, wenn ich während der heiß ersehnten Auszeit plötzlich erkrankte? Jedenfalls ist die Erkrankung dem Arbeitgeber nach drei Tagen unverzüglich mitzuteilen.

Dauert der Krankenstand nämlich länger als drei Kalendertage (nicht Arbeitstage!), bleiben die Urlaubstage erhalten. Ist man kürzer krank, werden diese Tage sehr wohl als Urlaub gerechnet.

Wird aus dem Urlaub ein Krankenstand, bitte keinesfalls auf die Krankenstandsbestätigung vergessen! Diese ist gleich bei Wiederantritt des Dienstes dem Arbeitgeber vorzulegen. Übrigens: Durch einen Krankenstand verlängert sich der Urlaub nicht automatisch um die Krankenstandstage, sondern endet zum ursprünglich vereinbarten Datum. Alle Infos gibt es auch unter ooe.arbeiterkammer.at.

Fantasiebeträge statt Lehrlingsentschädigung

Zweieinhalb Jahre lang machte ein junger Mann in einer Firma im Bezirk Vöcklabruck eine Lehre als Informationstechnologe und Systemtechniker. Die von der Firma überwiesenen Beträge waren für ihn nicht nachvollziehbar und blieben in manchen Monaten sogar ganz aus. Nach der Beendigung des Lehrverhältnisses wandte er sich an die Arbeiterkammer Vöcklabruck um Hilfe.

Ein Rechtsexperte der AK musste die Zahlungsflüsse aus den Kontoauszügen des jungen Mannes rekonstruieren. Denn eine ordentliche Lohnabrechnung hatte er nie bekommen. Der AK-Jurist

stellte fest, dass der Lehrling nicht nur drei Monatsentgelte, sondern auch ihm zustehende Sonderzahlungen gar nicht oder nur in zu geringer Höhe bekommen hatte. Er setzte der Firma eine Frist zur Begleichung der offenen Beträge.

5.130 Euro Nachzahlung nach AK-Intervention

Auf einen Rechtsstreit mit der AK ließ es die Firma dann doch nicht ankommen und bezahlte dem ehemaligen Lehrling alle offenen Beträge nach, insgesamt 5.130 Euro. Geld, das dieser für seine weitere Ausbildung gut gebrauchen kann.

AK-Erfolg: Geld auch für Pflegekarenz im Ausland

Der Vater eines seit vielen Jahren in Oberösterreich beschäftigten Arbeitnehmers erkrankte schwer. Nach Gesprächen mit dem Betriebsrat stimmte die Geschäftsführung einer Pflegekarenz zu. Auf diese hat man maximal drei Monate lang Anspruch. In diesem Zeitraum bekommt man Pflegekarenzgeld, das 55 Prozent des täglichen Nettoeinkommens entspricht. Doch das Sozialministerium verweigerte dem Mann die Auszahlung. Die Begründung: Der Vater lebe in Italien und beziehe in Österreich kein Pflegegeld. Die AK Oberösterreich klagte dagegen bis vor den Europäischen Gerichtshof

(EuGH) und bekam auch Recht. Der EuGH erklärte die Rechtsauffassung der österreichischen Behörden für unionswidrig. Das Pflegekarenzgeld als soziale Vergünstigung müsse im Sinne der Gleichbehandlung allen Arbeitnehmer:innen zugute kommen.

Beschäftigte in ganz Österreich profitieren

Wer also nahe Angehörige in einem anderen EU-Land pflegt, hat auch einen Anspruch auf Pflegekarenzgeld. Das bahnbrechende Urteil gilt künftig für alle gleichartigen Fälle.



FILM AB!

Film AB! – auf ins Kino

Bereit für Teil vier der beliebten computeranimierten Filmreihe rund um den ehemaligen Bösewicht Gru, seine Familie und die Gefolgschaft der kleinen Minions? Dann sind Sie bei unserer neuen Runde von „Film AB! Der AK-Kinospaß“ genau richtig. AK, ORF und Star Movie Kinos laden AK-Mitglieder zu einem unterhaltsamen Filmabend ein: „Ich – einfach unverbesserlich 4“. Interessiert? Dann scannen Sie einfach den QR-Code und gewinnen Sie einen kostenlosen Kinoabend in einem der Star Movie Kinos in ganz Oberösterreich. Für die Auftaktveranstaltung in Ried gibt es neben freiem Eintritt zum Filmvergnügen auch ein gratis Snack-Paket mit Cola, Popcorn & Co. Viel Glück!



Gru und die Minions sind zurück.



AK bei der Kulturhauptstadt 2024: Es hämmert kräftig in Scharnstein

Regionale Arbeiterschicht und Kulturgenuß lassen sich gut verbinden. Das zeigt das Scharnsteiner Kulturhauptstadt-Projekt „Hammer“.

Knapp vier Jahrhunderte war die Sensenindustrie der wichtigste Wirtschaftszweig im Almtal. Tausende Menschen und ihre Familien lebten einst von der Produktion hochwertiger Arbeitsgeräte für die Landwirtschaft, doch vor fast 40 Jahren – im Jahr 1987 – hörte der letzte Hammer auf zu schlagen.

Lokale Geschichte in die Zukunft tragen

„Mittlerweile verblasst das Wissen über die lokale Geschichte. Sie soll wieder stärker reflektiert werden“, sagt Hermann Miesbauer, der mit dem Musiktheater-Stück „Hammer“ diese in die Zukunft tragen will. Der Scharnsteiner Komponist und Bandleader der RAT Big Band kann sich noch gut erinnern. Seine Mutter betrieb die Werkskantine in der Sensenfabrik, er selbst ver-



Im leerstehenden Scharnsteiner Sensenwerk kommt „Hammer“ zur Aufführung.

brachte als Bub viel Zeit in der Küche. Jetzt siedelte Miesbauer für das Kulturhauptstadt-Projekt die Liebesgeschichte zwischen Arbeitersohn Robert und Schuldirektorstochter Juli in seiner Heimatregion an. In den Tagen, als die Hämmer der Sensenschmiede immer

leiser schlagen, pochen die Herzen der beiden Liebenden umso lauter. Dennoch gibt es im Ort nur ein Thema: Wird das Sensenwerk geschlossen? Bleiben die Hämmer stehen? Politische und gesellschaftliche Span-

nungen treten zu Tage und überraschende Wendungen nehmen ihren Lauf.

Im September sind im aufgegebenen Sensenwerk der Firma Redtenbacher in Scharnstein noch sechs Aufführungen vorgesehen. Dort agiert das klassische Orchester nicht nur traditionell vor der Bühne, parallel wird mittels dreidimensionaler Rauminstallation ein Sounddesign wie in einem modernen Kino aufgebaut. Zudem geht das Publikum mit dem Stück zu den Schauplätzen aktiv mit. Die ganze Gemeinde wird so zur Bühne.

30 Karten für die Hauptausstellung

Die AK Oberösterreich unterstützt insgesamt sechs Projekte der Kulturhauptstadt 2024, unter anderem die Hauptausstellung im Bad Ischler Sudhaus. AK-Report-Leser:innen können 30 Karten für die sehenswerte Schau gewinnen. Einfach nebenstehenden QR-Code scannen und am Gewinnspiel teilnehmen. <

hans.promberger@akooe.at



So könnten mehr Menschen günstiger wohnen

Mehr geförderter Wohnbau: Ja, bitte!

Herr P. ist vor ein paar Jahren von einer privaten Mietwohnung in eine Genossenschaftswohnung umgezogen. So wie er genießen im Zentralraum zehntausende Menschen die Vorteile des geförderten Wohnbaus. Anders am Land: Dort wird mehr privat und teurer vermietet.

Für meine vorherige, privat vermietete Wohnung habe ich für 45 Quadratmeter gut 550 Euro gezahlt. Heute zahle ich für 72 Quadratmeter nur 650 Euro – mit Balkon! Die Wohnqualität ist viel besser. Ich hatte echt Glück, eine Genossenschaftswohnung zu bekommen“, freut sich Herr P. Er hat

den Umzug bis heute nicht bereut. So wie er leben in Oberösterreich rund 280.000 Menschen in geförderten Wohnungen zur Miete. Jedoch sind die Zahlen je nach Region unterschiedlich, wie nebenstehende Grafik zeigt. Während in der Region Steyr-Kirchdorf rund ein Fünftel der unselbständig Be-

schäftigten im sozialen Wohnbau zuhause ist, ist das im Mühlviertel nur rund jede:r Zehnte. Schlusslicht ist die Region Traunviertel: Hier leben nur acht Prozent in einer sogenannten Genossenschaftswohnung. In so einer zu wohnen ist für viele Menschen unter anderem deswegen attraktiv, weil die Ausstattung oft besser ist, die finanziellen Belastungen geringer und die Mietverhältnisse grundsätzlich unbefristet sind.

Wo geförderter Wohnbau ist, sind Mieten günstiger

Bemerkenswert ist: Wo es viel geförderten Wohnbau gibt, sind die durchschnittlichen Mietkosten niedriger. Im Vergleich: Vorwiegend urbane Gebiete, wie die Region Linz-Wels, haben den höchsten Anteil an sozialem Wohnbau und im Vergleich niedrigere Mieten. Am anderen Ende zahlt man im Traunviertel mit 853 Euro am meisten für die Miete. Es liegt nahe, den geförderten Wohnbau auszubauen, um die Mietkosten zu senken. Und es braucht auch sofort wirksame Maßnahmen, wie Präsident Andreas Stangl im Interview rechts erklärt. Damit noch mehr Menschen in den Genuss kommen, günstiger Wohnen zu können – so wie Herr P.



In Genossenschaftswohnungen lässt es sich gut und günstiger als anderswo leben. Da braucht es mehr davon!

gregor.kraftschik@akooe.at

So viel kostet Wohnen zur Miete in Oberösterreich

Region Innviertel: Bezirke Braunau am Inn, Grieskirchen, Ried im Innkreis, Schärding

761 EUR
durchschnittliche Mietkosten

9 %
Anteil geförderter Wohnbau

Region Mühlviertel: Bezirke Freistadt, Rohrbach, Perg und Teile von Urfahr-Umgebung

730 EUR
durchschnittliche Mietkosten

10 %
Anteil geförderter Wohnbau

Region Traunviertel: Bezirke Gmunden und Vöcklabruck

853 EUR
durchschnittliche Mietkosten

8 %
Anteil geförderter Wohnbau

Region Linz-Wels: Bezirke Linz-Land, Wels-Land, Eferding, Teile des Bezirks Urfahr-Umgebung sowie Städte Linz und Wels

712 EUR
durchschnittliche Mietkosten

33 %
Anteil geförderter Wohnbau

Region Steyr-Kirchdorf: Bezirke Kirchdorf, Steyr-Land und Stadt Steyr

707 EUR
durchschnittliche Mietkosten

20 %
Anteil geförderter Wohnbau

Daten aus dem AK Wohnzufriedenheitsindex



Andreas Stangl
Präsident

Ein mächtiges politisches Werkzeug

AK-Report: Viele Menschen leiden unter den hohen Mietpreisen. Was kann dagegen getan werden?

Stangl: Durchschnittliche Mieten zwischen 700 und 850 Euro pro Monat sind tatsächlich eine große Belastung. Um Wohnen leistbar zu halten, fordern wir eine echte Mietpreisbremse auch für private Mieten: Dabei sollen die Mieten pro Jahr um maximal zwei Prozent steigen dürfen.

Was könnte noch gegen die hohen Mieten getan werden?

Der geförderte Wohnbau ist ein mächtiges und politisches Werkzeug. Österreich wird dafür beneidet. Hätten wir mehr davon, würden mehr Menschen günstiger wohnen. Ich bin der Meinung, wir sollten dieses zukunftsfähige Werkzeug ausbauen. Die Vorteile des geförderten Wohnens liegen für mich eindeutig auf der Hand.

Wenn der gemeinnützige Wohnbau so große Vorteile hat, warum wird nicht mehr gebaut?

Ein Grund dafür ist, dass bei der Wohnbauförderung die Zweckbindung abgeschafft wurde und dieses Geld teilweise in den Landesbudgets anderweitig verwendet wird. Es braucht mehr Geld, um zusätzliches leistbares Wohnen zu finanzieren. Die Bundesregierung hat hier wie bei vielen Punkten bei der Teuerung versagt.

Finanzielle Hürden für angehende Fachkräfte

Fabian Glasner. Er selbst ist ausgebildeter Rettungssanitäter und arbeitet neben seiner Ausbildung in einem Krankenhaus.

Auch bei der Bezahlung schlechter gestellt

Wegen fehlender Fachkräfte in den Gesundheits- und Pflegeberufen wird die Ausbildung gefördert, aber nicht in allen Bereichen gleich gut.

Fabian Glasner ist verärgert und kann es nicht verstehen: „Ich bin seit einem Jahr in Ausbildung zum Diplomierten Operationstechnischen Assistenten. Ein absoluter Mangelberuf, wie immer gesagt wird. Allein in Oberösterreich fehlen in diesem Bereich hunderte Fachkräfte. Warum also stellt man uns, die diesen Beruf anstreben, finanzielle Hürden in den Weg?“

Für Ein- und Umsteiger:innen in die Altenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege sowie die Beeinträchtigten- und Familienarbeit gibt es unter anderem das Pflegestipendium des Arbeitsmarktservices. Es beträgt monatlich rund 1.500 Euro. Aber jene, die in drei Jahren zu Diplomierten Operationstechnischen Assistent:innen (OTA) ausgebildet werden, bekommen das Fachkräftestipendium. Das



Fabian Glasner, derzeit in Ausbildung, setzt sich für Gleichstellung und bessere Bezahlung von Diplomierten Operationstechnischen Assistent:innen ein.

macht aber rund 300 Euro weniger im Monat aus. Auch verweigert die Schule den angehenden OTA jene 600 Euro „Taschengeld“, die sie zahlen könnte. Jedenfalls in Oberösterreich, nicht aber in Niederösterreich. Dort werden diese

600 Euro bezahlt. „Ja, wir dürfen geringfügig, also maximal 518,44 Euro, dazuverdienen. Aber wir sind bereits 40 Stunden pro Woche in der Ausbildung. Arbeiten geht dann nur in der Nacht, am Wochenende oder an Feiertagen“, sagt

Warum also diese Ungleichbehandlung von jungen Menschen, die den Beruf Diplomierter Operationstechnische Assistent ergreifen wollen? Wurde auf diesen Bereich schlicht vergessen?

Auch nach der Ausbildung bekommen OTA weniger bezahlt als Diplomierte Gesundheits- und Krankenpfleger:innen für den OP-Bereich – obwohl OTA ebenfalls diplomiert sind und ihre Aufgaben und Verantwortlichkeiten genau gleich sind. „Ich sehe hier eine Form von Lohndumping. Der OP-Bereich verursacht sehr hohe Kosten, vielleicht will man so sparen. Immerhin wird uns laut Gehaltsschema fast 420 Euro im Monat weniger bezahlt. Bei einigen tausend OTA kommt schon was zusammen“, vermutet Glasner.

In Deutschland und der Schweiz verdienen OTA sogar mehr als Diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegekräfte. „Das fordern wir gar nicht mal, sondern nur eine Gleichstellung. Es kann aber sein, dass viele in Oberösterreich ausgebildete OTA wegen der besseren Bezahlung in diese Nachbarländer abwandern“, meint Glasner. <

rainer.brunhofer@akooe.at



DAS STECKT DAHINTER

Abzocke durch Mogelpackungen

Hand aufs Herz: Wie oft achten Sie beim Einkauf auf den Füllinhalt einer Verpackung? Wahrscheinlich weniger oft als Sie es sollten, denn genau das nutzen Lebensmittelkonzerne beinhart aus. Ihr Trick: Packungsgröße und Preis eines Produktes bleiben gleich, der Füllinhalt wird aber weniger. Diese Art der Mogelpackung nennt man „Shrinkflation“, gebildet aus dem englischen Wort für Schrumpfen (shrink) und Inflation. Die Hersteller setzen darauf, dass die meisten Konsumenten gar nicht merken, dass das Produkt in Wahrheit teurer geworden ist. So wie die Firma Haribo, deren Goldbärenpackung zum gleichen Preis jetzt nur noch 175 statt bisher 200 Gramm enthält, um elf Bären weniger als zuvor.

Auflösung von Seite 2 „Gut zu wissen“

Antwort c) ist richtig. Oberösterreich hinkt beim Kinderbetreuungsangebot den anderen Bundesländern deutlich hinterher. Nur jeder 20. Kinderbetreuungsplatz erlaubt Eltern von Kindern unter drei Jahren, problemlos einem Vollzeitjob nachzugehen. Damit liegt Oberösterreich abgeschlagen an letzter Stelle.

Versandhandel: Vorsicht bei Abstellgenehmigung!

Beim Onlineshopping erlaubt eine Abstellgenehmigung Zusteller:innen, die Lieferung an einem bestimmten Ort abzulegen. Doch Vorsicht: Liegt eine Abstellerlaubnis vor, gilt das Paket als zugestellt, sobald es am vereinbarten Ort hinterlegt wurde. Danach tragen die Konsument:innen das Risiko eines Verlustes oder Diebstahls. Das gilt aber nur, wenn die Ware an der genehmigten Stelle abgelegt wurde.

Anders sieht es aus, wenn keine Abstellgenehmigung vorliegt: Geht ein Paket verloren oder kommt es beschädigt an, trägt grundsätzlich das versendende Unternehmen das Risiko. Konsument:innen können

dann verlangen, dass die Ware erneut geliefert oder ausgetauscht wird. Das gleiche gilt auch dann, wenn das Paket ohne Abstellgenehmigung einfach vor der Haustür abgestellt wurde.

Abholstation als sichere Alternative

Eine sichere Alternative zur Abstellgenehmigung ist, die Lieferung zu einer Abholstation umzuleiten. Zwar kostet es etwas mehr Zeit, das Paket dort abzuholen. Dennoch spart es viel Ärger und bares Geld, wenn das Paket doch einmal verloren geht oder beschädigt wird.

Pflege gehört endlich als Schwerarbeit anerkannt

Wer sich in der Pflege abrackert, hat dennoch keinen Zugang zur Schwerarbeitspension. Und das, obwohl Beschäftigte in Pflegeberufen unter enormen psychischen und körperlichen Belastungen sowie unter hohem Arbeitsdruck leiden.

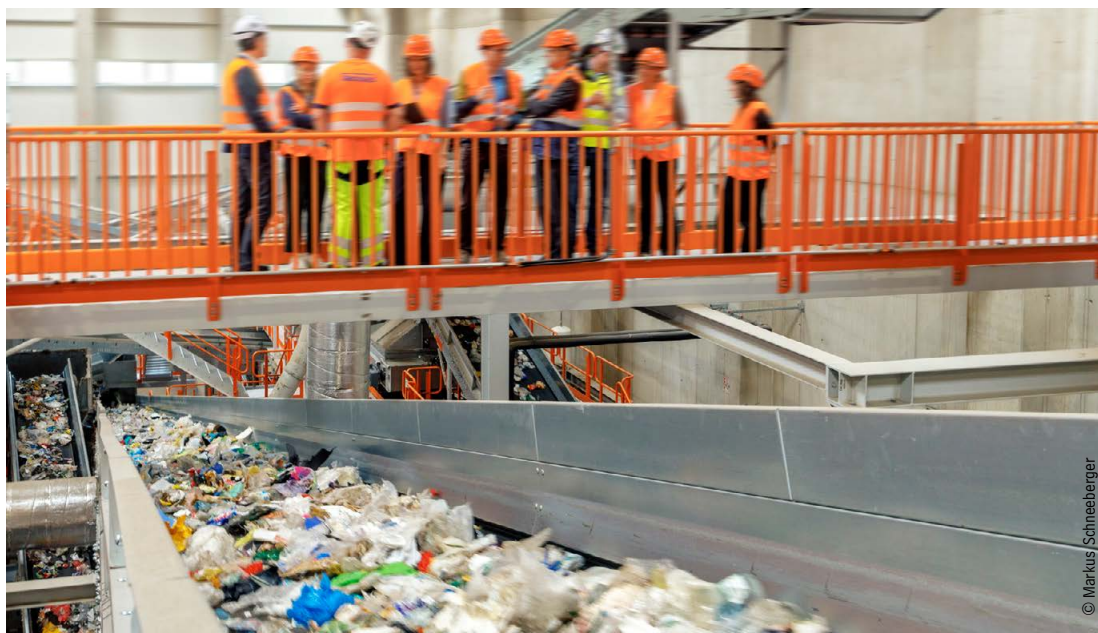
Schwerarbeitsverordnung an Realität anpassen

Laut Arbeitsklima Index halten es 63 Prozent der Beschäftigten in der Pflege für sehr oder eher unwahrscheinlich, bis zur Pension durchhalten zu können. Aufgrund der aktuellen Gesetzeslage können in der Pflege nur einige wenige Be-

rufungsgruppen unter bestimmten Bedingungen mit 60 Jahren in Schwerarbeitspension gehen. Das betrifft etwa den Bereich der Palliativmedizin. Andere Pflegekräfte erfüllen die Voraussetzungen nicht – selbst wenn sie Nachtarbeit leisten. „Daher ist es dringend nötig, die Schwerarbeitsverordnung anzupassen und Pflege generell als Schwerarbeit anzuerkennen“, sagt Präsident Andreas Stangl. Er fordert, einen eigenen Absatz in der Schwerarbeitsverordnung aufzunehmen. Dabei sollen unter anderem Schul- und Ausbildungszeiten, Nachtarbeit und psychische Belastungen berücksichtigt werden.

Neuer Sortier-Gigant am Ennshafen

In der europaweit modernsten Sortieranlage für Kunststoffverpackungen und Blechdosen werden pro Stunde bis zu 20 Tonnen Müll getrennt.



Die Sortieranlage ist zwar fast voll automatisiert, aber 60 Beschäftigte sorgen dafür, dass sie rund um die Uhr läuft.

Die Förderbänder bewegen sich rasend schnell durch die sechsstöckige und 25 Meter hohe Halle. Es ist laut und es riecht nach Müll. Allerdings weniger stark, als man erwarten würde, denn die modernen Filteranlagen der Kunststoffsortieranlage TriPlast schlucken viel. Reinhard Hofbauer hat im zentralen Überwachungsraum die riesige Anlage bestens im Blick. Dutzende Kameras liefern dem Betriebsleiter permanent Bilder vom endlos scheinenden Abfallstrom.

80 Prozent der Rohstoffe werden gewonnen

Trotz des hohen Grades an Automatisierung ist Reinhard Hofbauer auch immer wieder persönlich in der Halle unterwegs und prüft, ob alles so läuft wie es soll. Zusätzlich überwacht jeweils eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter zwei Stockwerke. „Der Betrieb in drei Schichten sorgt dafür, dass die Anlage täglich 24 Stunden und fünf

Tage pro Woche läuft. Pro Stunde können maximal 20 Tonnen sortiert werden. Während der Wochenenden wird gewartet, repariert und gereinigt“, erklärt Hofbauer.

Die Anlage kann 24 verschiedene Arten von Abfall erkennen und sortieren. „Die Kunststoffe werden zu Ballen gepresst, auf Lastwagen verladen und zu verschiedenen Recycling-Unternehmen gebracht“, erzählt der Betriebsleiter.

57 Sortieraggregate durchläuft der Müll, bis zum Schluss die reinen Stoffe herausgefiltert werden.

Der Kunststoffanteil im gelben Sack und in der gelben Tonne trägt fast 80 Prozent. Acht Prozent sind Metallverpackungen und rund 14 Prozent Fehlwürfe.

Derzeit schafft die Anlage hochgerechnet ungefähr 80.000 Tonnen pro Jahr. „Wenn die Anlage eine Jahreskapazität von 100.000 Tonnen erreicht, deckt sie die Hälfte der österreichischen Sortierkapazität für Leichtverpackungen ab“, sagt TriPlast-Geschäftsführer Dipl. Ing. Kurt Bernegger. Das Unternehmen hat rund 65 Millionen Euro in

die Anlage investiert und 60 Jobs geschaffen. Die neue Sortieranlage am Ennshafen wird viel zum Erreichen der EU-Vorgaben zur Kreislaufwirtschaft beitragen. Bei Glas, Papier und Metall übererfüllt Österreich diese bereits jetzt deutlich. Bei den Kunststoffen besteht allerdings noch hoher Aufholbedarf: Momentan werden nur 25 Prozent der weggeworfenen Kunststoffe wiederverwertet. Ab 2025 muss dieser Anteil laut EU auf 50 Prozent verdoppelt werden. <

rainer.brunhofer@akooe.at

„Bei vielen Frauen, die zu uns kommen, brennt bereits der Hut“

Die Frauenberatung Perg ist eine wichtige Anlaufstelle. Hier finden Frauen Rat zu ihren Finanzen, zu Scheidungen, Gewalt und vielem mehr.

Existenzsorgen, Scheidung, teure Wohnungen, Gewalterfahrungen oder Probleme in der Familie: Mit diesen und vielen weiteren Themen wenden sich Klientinnen an die Frauenberatung Perg. Gabriele Schauer, Heidi Wabro und Elisabeth Glawitsch beantworten ihre Fragen und begleiten die Frauen mit viel Empathie und Kompetenz. Im vergangenen Jahr wurden 895 Beratungsgespräche persönlich und telefonisch durchgeführt.

Armutrisiko bei Frauen steigt

„Bei den meisten Klientinnen, die zu uns kommen, brennt bereits der Hut“, schildert Frauenberaterin Heidi Wabro. Häufig geht es um Machtverhältnisse in der Familie, zum Beispiel in Form von Geld. Mit der Teuerungskrise hat sich



Frauenberatung Perg: Elisabeth Glawitsch, Gabriele Schauer und Heidi Wabro (v.l.).

die finanzielle Lage vieler Frauen weiter zugespitzt. Und somit auch die ökonomische Abhängigkeit vom Partner. „Manche Frauen, die eine Beziehung beenden wollen, überlegen, ob sie sich die Trennung überhaupt leisten können“, berichtet Gabriele Schauer, Leiterin der Frauenberatung Perg. Ein weiteres Problem sehen die Beraterinnen in veralteten Rollenbil-

dern und Einkommensnachteilen: „Frauen haben keine echte Wahlfreiheit und übernehmen noch immer den Großteil der familiären Pflegearbeit. Es ist an der Zeit, Arbeit neu zu definieren und anders zu bewerten“, so Schauer. Trotz höherer Qualifikation werden Frauen immer noch schlechter bezahlt. Ihre Gehälter sind teilweise nicht existenzsichernd.

Bei ihren Anliegen an die Politik sind sich die Beraterinnen einig: Es braucht mehr Geld für präventive Maßnahmen gegen Gewalt an Frauen, einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung, ein verpflichtendes Pensionssplitting, eine gerechte und – wenn nötig – verpflichtende Aufteilung der familiären Pflegearbeit sowie ein Hinschauen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und strukturellen Rahmenbedingungen. Denn: Viel zu oft werden Probleme von Frauen individualisiert.

Hinschauen: Partnergewalt ist keine Privatsache

Mit dem Projekt „StoP - Stadtteile ohne Partnergewalt“ setzt sich die Frauenberatung für mehr Bewusstseinsbildung in der Region ein. Unter anderem mit Workshops in Schulen, Haustürgesprächen und Aktivitäten in Vereinen. Wenn es zu Gewalt in der Beziehung kommt, kann das Umfeld entscheidend sein. Projektkoordinatorin Elisabeth Glawitsch rät: „Haben Sie ein offenes Ohr, schauen Sie hin und rufen Sie die Polizei. Partnergewalt ist keine Privatsache!“

bianca.karr-sajtarevic@akooe.at

AK AM SCHAUPLATZ

Reichlich Wasser und ganz viel Sonnencreme

Er ist extrem anstrengend. Und verlangt dem Körper alles ab. Der Job des Bauarbeiters. Was in den Sommermonaten erschwerend dazu kommt: Es gibt auch in Österreich immer mehr Hitzetage. „Darum ist es wichtig, dass über den Tag verteilt reichlich Wasser getrunken wird. Ein Kopfschutz ist ebenfalls ratsam, genauso wie viel Sonnencreme“, sagt Harald Dietinger, Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft Bau-Holz. In seiner Funktion als Vizepräsident der Arbeiterkammer Oberösterreich besuchte Dietinger vor kurzem eine Baustelle der Swietelsky AG in der Schillerstraße in Linz, um sich ein Bild von den Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter an einem Sommertag zu machen. „Unglaublich, was sie bei dieser großen Hitze leisten“, so Dietinger. Polier Muammer Tarakci, der seit mittlerweile 34 Jahren bei Swietelsky beschäftigt ist: „Wir müssen schon zwischendurch immer wieder schauen, dass wir uns im Schatten kurz ausrasten können.“ Bei



Die Bauarbeiter Tosun Selman, Muammer Tarakci und Milos Todorovic mit AK-Vizepräsident Harald Dietinger und Betriebsrat Manuel Madurski (von links).

einer Temperatur von mehr als 32,5 Grad Celsius können Bauarbeiter laut Gesetz mit Zustimmung des Arbeitgebers das Arbeiten im Freien einstellen. „Wir sind hart im Nehmen“, sagt Muammer Tarakci. Und Swietelsky-Betriebsratsvorsitzender Manuel Madurski ergänzt: „Uns ist es wichtig, dass wir unsere Bauarbeiter so gut wie möglich unterstützen können.“

michael.petermair@akooe.at



ANDREAS STANGL

Mitbestimmen und Wandel gestalten

Mehr Mitgestaltung beim ökologischen Umbau, beim Einsatz Künstlicher Intelligenz und im Gesundheitssystem: Präsident Andreas Stangl erzählt im Interview, wofür er sich stark macht.

AK-Report: Sie sind im Mai zum zweiten Mal als Präsident der Arbeiterkammer Oberösterreich angelobt worden: Mit welchen Zielen starten Sie in die neue Funktionsperiode?

Stangl: Mein Ziel ist es, weiterhin dafür zu sorgen, dass die Arbeitnehmer:innen gerecht behandelt werden, ihre Ansprüche bekommen und auch den Respekt, der ihnen zusteht. Und wir werden im Konsumentenschutz weiterhin Sorge tragen, dass die Menschen nicht übers Ohr gehauen werden. Wichtig ist mir auch, die Ausbildungsoffensive der AK voranzutreiben.

AK-Report: Wenn Sie an die kommenden fünf Jahre denken: Was wird die größte Herausforderung, um eine gute Arbeitswelt für alle zu gestalten?

Stangl: Interessenpolitische Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Angriffe auf die Rechte der Arbeitnehmer:innen abwehren. Denn davon gibt es viele: Die Industriellenvereinigung will, dass die Menschen gratis arbeiten, es gibt Angriffe auf das Pensionsantrittsalter und manche politischen Parteien wollen die finanzielle Basis der AK einschränken.

AK-Report: Pandemie, Teuerung, Klimawandel, Kriege: Die Welt ist seit einigen Jahren im Krisenmodus. Wie behalten Sie angesichts dieser Herausforderungen einen kühlen Kopf?

Stangl: Aufgrund meiner Biografie habe ich schon viele Krisen in der Arbeitswelt miterlebt. Zum Beispiel

die Finanzkrise 2008. Ich lasse mich nicht mehr schnell in Panik versetzen und habe von innen her eine positive Motivation.

AK-Report: Die Klimakrise ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Wie kann es gelingen, dass die Arbeitnehmer:innen beim ökologischen Umbau nicht auf der Strecke bleiben?

Stangl: Indem wir ihn als Interessenvertretung mitgestalten. Sonst

» Ziel ist es,
den Beschäftigten
die ÖGK zurückzugeben. «

wird über die Köpfe der Beschäftigten hinweg entschieden. Auch durch Künstliche Intelligenz werden sich Arbeitsprozesse verändern. Wichtig ist, dass wir diese Veränderungen mitgestalten, damit die Menschen auch in der sich wandelnden Arbeitswelt gute Perspektiven haben.

AK-Report: Der Schrei nach Fachkräften wird immer lauter. Wo sehen Sie Handlungsbedarf bei den Unternehmen?

Stangl: Die Stärke der Wirtschaft ist die duale Ausbildung in Form der Lehre. Aber es gibt viele Betriebe ohne Lehrwerkstätten. Es braucht mehr Unternehmen, die Lehrlinge qualitativ hochwertig ausbilden.

AK-Report: Als Präsident setzen Sie sich für eine gerechtere Arbeitswelt ein. Was sind Ihrer Meinung nach die größten Baustellen?

Stangl: Mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer:innen arbeitet in einem Betrieb ohne Betriebsrat. Das gilt es zu verbessern. Denn

wir wissen, dass es Mitarbeiter:innen in organisierten Betrieben besser geht. Ein weiteres Ziel ist es, den Beschäftigten die Mitbestimmung in der Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) wieder zurückzugeben, die ihnen von der schwarz-blauen Regierung genommen wurde. Tat-

sache ist: Wirtschaftsbund-Funktionär:innen, die nicht in der ÖGK versichert sind, treffen die Entscheidungen. Und die „Patientenmilliarde“ war ein reiner Marketing-Schmäh.

AK-Report: Unser Sozialstaat ist die wichtigste Grundlage für ein gutes Leben für alle – in welchen Bereichen müssen wir ihn weiter ausbauen?

Stangl: Eine große Baustelle ist das Gesundheitssystem. Es gibt überlange Wartezeiten bei Operationen, die verkürzt werden müssen. Außerdem müssen die Leistungen für chronisch Kranke ausgebaut werden. Und nicht zu vergessen: Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen dürfen nicht zu Bittstellern degradiert werden. Wir müssen eine Arbeitswelt bauen, in der Inklusion möglich ist.

AK-Report: Im Herbst stehen Nationalratswahlen an. Was ist Ihre wichtigste Forderung an die kommende Regierung?

Stangl: Gebt den Arbeitnehmer:innen und Arbeitnehmern die Sozialversicherung wieder zurück! ◀

bianca.karr-sajtarevic@akooe.at



AK-BETREUUNGSBONUS JETZT NOCH SICHERN

150 EURO

Die AK Oberösterreich unterstützt Familien einmalig mit 150 Euro AK-Betreuungsbonus. Diesen können Eltern beantragen, wenn ihr Kind eine Krabbelstube, einen Kindergarten oder Tageseltern besucht und dafür Kosten anfallen.

Achtung: Es sind nur noch wenige Tage Zeit, die Frist für den Antrag endet mit 30. Juni.

Alle Infos auf ak-report.at.



Andreas Stangl
Präsident

„Nach wie vor ist die Teuerung für viele Menschen in Oberösterreich eine große Herausforderung. Mit unserem AK-Betreuungsbonus setzen wir ein Zeichen, um Familien bei den Kosten für die Kinderbetreuung rasch und unbürokratisch zu entlasten.“

Österreichische Post AG, MZ 02Z033936 M, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, Retouren an Postfach 555, 1008 Wien

ooe.arbeiterkammer.at